



„Morgen raus aus Gas, das wird nicht funktionieren. Die Politik wäre gut beraten, bei ihren Entscheidungen die Expertenmeinungen zu berücksichtigen.“

Tiwag-Chef Erich Entresser sieht derzeit keine Möglichkeit für ein schnelles Gas-Aus.
Foto: Böhm

Inflation: Jetzt kommt die Rechnung

Die Menschen haben zu lange über den Verhältnissen gelebt, die Krisen der Vergangenheit wurden mit viel Geld nur vermeintlich gelöst, sagen Experten. Nun explodiert die Inflation, eine Armutskrise naht. Und jetzt?

Von Anna Haselwanter

Innsbruck, Wien – Die monatliche Inflationsrate steuert in großen Schritten auf einen zweistelligen Bereich zu. Bereits im Mai stand ein Achter vor dem Komma. Dennoch reagieren die Notenbanken nur zögerlich. Die Gewalt, mit der die Teuerungswelle gerade über Europa rollt, scheint lange unterschätzt worden zu sein. Zwar sei die Zeit des „Wartens und Zögerns“, wie etwa der slowakische Notenbank-Chef Peter Kazimir die zurückhaltende Haltung der Europäischen Zentralbank (EZB) nennt, vorbei – doch die für den Sommer angekündigte vorsichtige Zinswende dürfte wohl zu schwach ausfallen, um wirklich etwas an dem Dilemma zu ändern, sagen Wirtschaftsexperten.

„Der Hut brennt. Wir steuern auf eine verschärfte Armutskrise zu.“

Markus Marterbauer
(Chefökonom der AK)

Gleichzeitig wirken die Entlastungspakete der Regierung nur bedingt: So habe etwa die jüngst angekündigte Verschiebung der geplanten CO₂-Bepreisung von Juli auf Oktober „insgesamt keinen dämpfenden Effekt auf die bereits bestehende Inflationsdynamik“, sagt Wifo-Ökonom Josef Baumgartner. Denn „es wurde ja keine Steuer gesenkt, es kommt nur keine zusätzliche Abgabe“.

Dabei spürt die Bevölkerung die immense Teuerung zunehmend – und das wird vor allem über das untere Einkommensdrittel zu einem immer größeren Problem. Oder wie es Markus Marterbauer, Chefökonom der Ar-



Die Menschen werden wieder lernen müssen zu verzichten. Geholfen muss jenen werden, die keinen Spielraum dafür haben, so Experten.

Foto: Kstark

beiterkammer, nennt: „Der Hut brennt.“ Einmalzahlungen, wie es sie bisher gab, würden nicht mehr ausreichen, sagt Marterbauer. „Wir steuern auf eine verschärfte Armutskrise zu.“ Denn das untere Einkommensdrittel – das sind in Österreich 1,3 Millionen Haushalte – hatte „bisher nicht die Möglichkeiten zu sparen“, sagt Marterbauer, besitze nun also auch kein Polster, von dem man – konfrontiert mit horrenden Stromrechnungen, steigenden Spritpreisen und immer teurer werdenden Lebensmitteln – zehren könnte. Hinzu kommen rund 800.000 Menschen, die Mindestsicherung, Sozialhilfe, Arbeitslosengeld, Notstandshilfe und andere Ausgleichszahlungen erhalten – „sie sind besonders armutsgefährdet“, sagt Marterbauer. Und hier gibt es keine

Substitutionsmöglichkeiten. Auf Strom oder Lebensmittel kann man eben nicht wie auf einen Urlaub verzichten. Was gilt es also zu tun?

Marterbauer würde bei den sozialen Sicherheitssystemen ansetzen – und „draufschlagen“, wie er sagt. Denn Arbeitslosengeld, Notstandshilfe und Co. liegen aus seiner Sicht rund 200 bis 400 Euro unter der Armutsgefährdungsschwelle. 300 Euro mehr würden demnach eine sofortige Entlastung bringen. Im Monat wären das Kosten von rund 150 Mio. Euro, rechnet er vor, im Jahr rund 2 Milliarden. „Das ist viel, aber nichts, was Österreich nicht schaffen würde“, sagt der AK-Ökonom. Das wäre zwar wenig treffsicher, aber nötig.

Aus Sicht von Baumgartner könnte man Sozial- und Familienleistungen anpassen, um Entlastung zu schaffen.

Was fehle, sei „ein auf Haushalte abzielendes Instrumentarium“, sagt er. Denn es gebe viele, die sich nicht unmittelbar für die Sozialprogramme qualifizieren, deren Einkommen aber dennoch niedrig sei. „Dafür müssten die Infos zu Einkommen und Familienbeihilfen der Finanzämter mit den Hauptwohnsitzinfor-

„Je höher und länger anhaltend die Teuerung, desto größer der Kreis jener, die sie nicht stemmen können.“

Josef Baumgartner
(Wifo-Ökonom)

mationen aus dem Melderegister verknüpft werden, um Haushalten Unterstützung automatisiert – das heißt, für die meisten Haushalte ohne eigenen Antrag – zukommen

lassen zu können“, schlägt er vor. So könne man eruierten, für wie viele Menschen mit niedrigem Einkommen gesorgt werden muss, und „dementsprechend treffsicher“ reagieren. Dabei müsse man aber Lösungen im Sinne des Datenschutzes finden. Das Problem: All das ginge wohl nicht so schnell, dass „es ganz akut hilft“. Aber: „Je höher die Teuerung und je länger sie anhält, desto größer wird der Kreis jener, die Mehrbelastungen durch die Preissteigerungen nicht mehr stemmen können.“

Warum aber passiert dennoch nur wenig? „Weil die Politik Angst vor einer Lohn-Preis-Spirale hat“, sagt Finanzexperte Jürgen Huber von der Uni Innsbruck. Denn auch Sozialleistungen seien im Grunde so etwas wie Lohn. Steigt dieser massiv, könne das wie-

derum den Kostendruck erhöhen, zu weiteren Preissteigerungen führen – und „das will wirklich niemand“. Geschickter wäre es also, an den Steuern zu schrauben. Lässt man das Geld gleich bei den Menschen, spare man sich Rückverteilungen über Sozi-

„Letztlich ist die einzige Lösung für die Inflation, mit allem etwas zurückzufahren – Urlaub, Autos, Fleisch.“

Jürgen Huber
(Ökonom Uni Innsbruck)

alleistungen. Einzig: So etwas wieder zurückzunehmen, sei schwierig. Und wenn es dann bei der niedrigeren Steuer bleibt, könne der Staat nicht „wohlwollend alle paar Jahre Zuckerln verteilen“. Sinnvoll wäre eine Senkung – etwa der Mehrwertsteuer – also allemal, realpolitisch durchsetzbar aber wohl eher nicht, so der Ökonom. „Letztlich ist es egal, wie man es dreht und wendet, wir haben lange über unsere Verhältnisse gelebt. Jetzt kommt die Rechnung“, sagt Huber. Die Krisen der vergangenen Jahre seien mit viel Geld nur vermeintlich gelöst worden. Zwar sei es schwierig, der Jugend zu erklären, „wir haben so viel verbraucht, dass ihr jetzt weniger habt“, aber die einzig wirkliche Lösung für die Inflation sei, „mit allem ein bisschen zurückzufahren“. Also „etwas weniger Urlaub, etwas kleinere Autos, etwas weniger Wegwerfprodukte, etwas weniger Fleisch“. All das sei für den Kampf gegen den Klimawandel ohnehin nötig.

Dabei muss freilich jenen geholfen werden, die keinen Spielraum für Verzicht haben. Etwa indem man dort ansetzt, wo genug ist, sagt Huber – Stichwort: Vermögenssteuer.

Moskau will Getreide freigeben

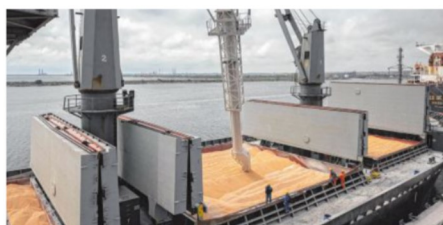
Wien – Die russische Führung hat einem Medienbericht zufolge mit Kiew und Ankara ein Schema zur Freigabe von Getreidelieferungen aus dem bisher blockierten ukrainischen Schwarzmeerhafen Odessa abgestimmt. „In den Hoheitsgewässern des Nachbarlands übernehmen türkische Militärs die Minenräumung, und sie werden auch die Schiffe bis in neutrale Gewässer begleiten“, beschrieb die krenlnahe Tageszeitung *Iswestija* am Montag den geplanten Ablauf.

Der russische Außenminister Sergej Lawrow wird am Mittwoch in Ankara zu Gesprächen erwartet. Kreml-Sprecher Dmitri Peskow hatte im Vorfeld bereits bestätigt, dass das Thema Getreidelieferungen aus der Ukraine dabei

thematisiert werde. Laut dem Bericht soll das Schema dort im Detail abgestimmt und dann offiziell abgesegnet werden. Bisher wurde demnach nur für Odessa eine solche Freigabe vereinbart.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat zu massiven Turbulenzen auf den

Weltmärkten geführt und die Preise für Lebensmittel in die Höhe getrieben. Die Ukraine ist einer der größten Getreideexporteure weltweit. Die russische Blockade ukrainischer Häfen hatte deshalb speziell in den armen Ländern Afrikas zu Befürchtungen einer Hungersnot geführt.



Die Ukraine ist einer der größten Getreideexporteure weltweit. Foto: APA/Mithaltescu

Indessen füllt sich der russische Staatsfonds wieder. Er belief sich zum 1. Juni auf 197,7 Mrd. Dollar (184,25 Mrd. Euro), wie aus den am Montag veröffentlichten Daten des Finanzministeriums hervorgeht. Einen Monat zuvor waren es noch 155,2 Mrd. Dollar. Der sprunghafte Anstieg kam zustande, weil im Mai Einnahmen aus dem Jahr 2021 an den Fonds überwiesen wurden, wie das Ministerium erklärte. Der Staatsfonds speist sich vor allem aus Einnahmen aus den Öl- und Gas-Exporten. Die russischen Behörden planen, Fondsmittel als Hauptfinanzierungsquelle für das in diesem Jahr voraussichtlich stark gestiegene Haushaltsdefizit zu verwenden. (APA)



Die EU hat ein Öl-, aber noch kein Gasembargo beschlossen.

Foto: dpa

Arbeitgeber warnen vor Importstopp für Gas

Wien, Berlin – Arbeitgeberverbände aus Deutschland und Österreich haben sich gegen ein sofortiges Gasembargo gegen Russland ausgesprochen. Das hätte tiefgreifende Folgen für die Unternehmen, erklärten Rainer Dulger, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberver-

bände, und Georg Knill, Präsident der österreichischen Industriellenvereinigung. Die Konsequenz wären Produktionsausfälle bzw. -stillstand und eine weitere Deindustrialisierung, die Wirtschaft in Deutschland und Österreich würde geschwächt, so die Verbände. (APA)